

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz 5909, Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 164 B

BERLIN • Freitag, den 15. Juli 1932

1. JAHRGANG

# Planmäßige Ehrabschneiderei der NS.

## 1. Aus einem Antrag der preußischen Abgeordneten

Kube, Hinkler, Lohse (Altona), Haake, Dr. Freisler und die übrigen Mitglieder der Fraktion der NSDAP: „... so kommt hinzu, daß die Frau des Bernhard Weiß, wie in Berlin öffentliches Geheimnis ist, das notorische Verhältnis des Krojanker ist.“

Selbst wenn B. Weiß das nicht glauben sollte, ist ihm doch bekannt, daß man in Berlin allgemein der Ansicht ist, daß intime Beziehungen zwischen Krojanker und der Frau des B. Weiß bestehen. Es ist deshalb um so unverständlicher, daß Weiß sich von diesem Krojanker aushalten ließ.

Da dieses Verhalten jedes Gefühl für Würde vermissen läßt, beantragen wir:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, auch wegen dieses Verhaltens des B. Weiß das Dienststrafverfahren gegen ihn mit dem Ziele der Dienstentlassung zu betreiben.“

## 2. Ein Brief Severings.

Am 12. Juli hat der preußische Innenminister an den Berliner Polizeivizepräsidenten Weiß folgenden Brief geschrieben:

Sehr geehrter Herr Polizeivizepräsident! Zu meinem größten Bedauern entnahm ich aus dem mir vorliegenden Antrag Nr. 573 der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei des Preußischen Landtages vom 6. Juli d. J., daß neben weiteren offensichtlich haltlosen Vorwürfen gegen Sie auch Behauptungen vorgebracht werden, die eine unerhörte Beleidigung ihrer Gattin darstellen. Da diese Behauptungen unter dem Schutze der Immunität aufgestellt worden sind und ihre Widerlegung von einem Disziplinarverfahren zu erwarten ist, zu dem jeder Anlaß fehlt, ist es für Sie sehr schwer, Ihrer Gattin für die Verunglimpfung sofort eine äußere Genugtuung zu verschaffen. Ich möchte Ihnen deshalb sagen, daß alle sachlich und rechtlich Denken- und alle anständigen Menschen, selbst unter Ihren politischen Gegnern, gleich mir von der widerwärtigen, rein demagogischen Verunglimpfung Ihrer Gattin nur mit dem Gefühl höchster Entrüstung Kenntnis nehmen und diese Kampfesweise auf das schärfste verurteilen werden. Eine an den politischen Kämpfen völlig unbeteiligte Frau mit derartigen Anwürfen zu beleidigen,

läßt eine Gesinnung erkennen, die bisher in Deutschland im politischen Meinungsstreit glücklicherweise noch niemals hervorgetreten ist.

Von Hermann Lingg ist mir ein tapferes Gedicht „Gegen die Gemeinheit“ bekannt, das mit der Strophe schließt:

„Die Gemeinheit streckt dich nieder, denn sie zielt so gut

[versteckt;

Und sie siegt, siegt immer wieder, bis sie an sich selbst

[verreckt!“

Lassen Sie sich nicht niederstrecken! Die Gemeinheit nähert sich dem Stadium, in dem sie an sich selbst verreckt.

Indem ich Sie bitte, auch Ihrer Gattin aus Anlaß des vorliegenden Falles mein Mitempfinden zum Ausdruck zu bringen, verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung Ihr

gez. Severing.“

## 3. Aus einem Brief der „Holzarbeiter-Zeitung“.

an einige Nazis, die die „Holzarbeiter-Zeitung“ aufgefordert hatten, für ihre Behauptungen über zwei Nazi-Führer den Wahrheitsbeweis anzutreten (es handelt sich um den Reichstagsabgeordneten Ludwig Münchmeyer und den Brandenburger SA-Führer Wilhelm Nilges):

Ludwig Münchmeyer ist vom Schöffengericht Emden am 7. Mai 1926 mit drei Monaten Gefängnis wegen Verleumdung und Sittlichkeitsvergehens bestraft worden. In dem Urteil heißt es unter anderem: Münchmeyer hat sich wiederholt an Frauen herangemacht und sie sich teils „unter Ausübung eines unzulässigen Druckes, teils indem er sich als reicher Kaufmann ausgab“, gefügig machen wollen! ... Weiter hat M. sich wiederholt als Arzt und medizinischer Sachverständiger ausgegeben, ebenso als Jurist, ohne jemals Medizin oder Jura studiert zu haben. Diese Behauptungen, die „wiederholt von Münchmeyer abgegeben wurden, waren wesentlich falsch und eine Lüge und eines Geistlichen durchaus unwürdig“. Ferner hat M. „unter der lächerlichen Ausrade, eine Narbe am Körper eines jungen Mädchens kontrollieren zu wollen, unsittliche Berührungen vorgenommen“.

Wilhelm Nilges ist, bisher, soweit wir erfahren konnten, folgender Verbrechen überführt, und er hat dafür die angegebenen Strafen erhalten:

17. September 1918 vom Schöffengericht Magdeburg einen Verweis wegen Diebstahls;

5. Oktober 1914 vom Schöffengericht Brandenburg einen Monat Gefängnis wegen Diebstahls;

5. August 1915 vom Schöffengericht Brandenburg zwei Monate Gefängnis wegen Diebstahls;

8. Dezember 1915 vom Landgericht Magdeburg sechs Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls;

28. März 1916 von der Strafkammer Brandenburg unter Einrechnung der vorstehenden Strafe ein Jahr vier Monate Gefängnis wegen wiederholten einfachen und schweren Diebstahls;

14. Mai 1918 von der Strafkammer Brandenburg ein Jahr sechs Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls und Bedrohung;

12. Dezember 1919 vom Landgericht III Berlin ein Jahr Gefängnis wegen schweren Diebstahls im strafverschärfenden Rückfalle;

3. April 1925 vom Schöffengericht Brandenburg zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust wegen Diebstahls im Rückfalle;

16. April 1925 vom Amtsgericht Brandenburg neun Monate Gefängnis wegen Diebstahls im Rückfalle;

31. Juli 1925 von der Strafkammer Köln neun Monate Gefängnis wegen Betrugs;

7. August 1925 vom Amtsgericht Bremen vier Monate Gefängnis wegen Diebstahls im Rückfalle;

18. August 1925 vom Schöffengericht Wesermünde/Geestemünde ein Jahr Zuchthaus wegen Diebstahls im Rückfalle; die beiden letzten Strafen wurden zu einer Gesamtstrafe von

drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust zusammengezogen. Der Ehrverlust läuft bis zum 27. Februar 1933;

13. Juli 1928 vom Schöffengericht Brandenburg acht Monate Gefängnis wegen versuchten und vollendeten Diebstahls im strafverschärfenden Rückfalle.

Alles in allem ergeben sich für den Herrn SA-Führer Nilges: drei Jahre Zuchthaus, acht Jahre drei Monate Gefängnis, fünf Jahre Ehrverlust, ein Verweis in insgesamt dreizehn kriminellen Straffällen!

In dem Brief der „Holzarbeiter-Zeitung“ heißt es zum Schluß:

„Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben. Sollten Sie noch weitere Beweise dafür haben wollen, daß in der Hitler-Partei zahlreiche kriminelle Verbrecher eine Rolle spielen, dann stehen wir gern zur Verfügung.“ Die Adresse der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

## Muß Spanien den Weg der deutschen Demokratie gehen?

Von Hilde Meisel.

Kürzlich ist in französischer Sprache ein Buch über Spanien erschienen, in dem die spanische Revolution kritisch betrachtet wird. („Critique de la Révolution Espagnole“ von Cesar Falcon. Erschienen 1932 bei Stock, Paris.) Falcon ist ein spanischer Revolutionär und Sozialist, der zur Zeit der Diktatur in Frankreich gelebt hat und nach dem Sturz Primo de Riveras nach Spanien zurückgekehrt ist. Dies Buch ist für deutsche Genossen deswegen besonders interessant, weil es lehrreiche Vergleiche mit der deutschen Revolution von 1918 ermöglicht; deren Fehler scheinen sich in ebenso verhängnisvoller Weise in Spanien zu wiederholen. Falcon schildert vor allem das Verhalten der an der Revolution beteiligten Parteien; über den Einfluß der Massenbewegungen und ihren Anteil an der Revolution weiß er leider nicht viel zu berichten, obwohl zweifellos hieraus die stärksten Kräfte für die Revolution entspringen sind.

Wie kam es zur Revolution? Die SPS ist, im Gegensatz zu den übrigen Arbeiterparteien, während der Diktatur Primo de Riveras nicht verboten gewesen. Kurz nach der Machtergreifung Primo de Riveras schickte dieser einige Offiziere in die Büros der SPS, die deren Führer die Pistole auf die Brust setzten und ihnen erklärten, daß die Büros sofort geschlossen und die Partei verboten werden würde, wenn die Partei sich gegen die Diktatur wende. Die SP fügte sich dieser Drohung und hat sich auf diese Art die Legalität erkauft.

Der Mangel an fast jeder Freiheit, die große Unterdrückung durch Regierung, Kapitalisten und Großgrundbesitzer machte die Massen in Spanien zu erbitterten Feinden der Diktatur. Auch ein großer Teil des Bürgertums wollte sich von dem herrschenden Regime befreien, vor allem deswegen, weil die Wirtschaft und also die Kapitalisten völlig von der Monarchie abhängig waren; durch Verordnungen konnten König oder Diktator Industrien schaffen und vernichten, Monopole für die Produktion bestimmter Waren verleihen und die Herstellung anderer Waren verbieten. Allerdings sind die Industriellen nur in wenigen Fällen in der Revolutionsbewegung selber hervorgetreten; zumeist ließen sie ihre Interessen durch ihre Freunde wahrnehmen, während sie selber sich „bescheiden“ im Hintergrund hielten.

Die SPS schloß sich der revolutionären Bewegung des Bürgertums an. Gegen dieses Bündnis protestierten viele Mitglieder der Partei. Der Beschluß, sich der Revolutionsbewegung anzuschließen, war im Generalkongress der Partei überhaupt nur zustande gekommen, weil einige seiner Mitglieder abwesend waren. Als die Frage, ob die SP von dem gemeinsamen Revolutions-Komitee zurücktreten sollte, später wieder diskutiert wurde, beschloß man — und das ist bezeichnend — diesem aus folgendem Grund weiter anzugehören: Die Delegierten der SP hätten schon ziemlich genaue Kenntnis von der gehalten revolutionären Tätigkeit des Komitees, und das sei es doch wenig anständig, wenn sie plötzlich zurückträten.

Einige Mitglieder der SPS, die gegen die Revolution waren, fügten sich weder den Beschlüssen der Partei, noch verließen sie diese. Trotzdem ließ man ihre Führer, wie z. B. Besteiro, Saborit, Gomez und Sanchez, in füh-

## Die Politik der bayerischen Katholiken.

„Der Obrigkeitsstaat muß wieder her!“ — der monarchische Obrigkeitsstaat des föderalistischen Deutschland Bismarcks; in diesem Sinne muß in Deutschland umgebaut werden.

Mit diesen Ausführungen klärte der bayerische Bauernführer Heim diejenigen auf, die von Bayern her Hilfe gegen die Umwandlung Deutschlands in einen militärischen Obrigkeitstaat erwarten.

Auf die Frage, ob bei einer nationalsozialistischen Mehrheit im Reichstag die Gefahr einer Separation (Abtrennung) Bayerns bestehe, antwortete Heim dem Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung“ (demgegenüber er jene Ausführungen machte): die Gefahr der Separation Bayerns, sehe er nur dann, wenn der Bolschewismus in gewissen Teilen des Reichs hochkomme, und diese Teile sich damit von Bayern abtrennten.

Das heißt also: mit Schleichers, Gayls und anderer Pläne zur Militarisierung Deutschlands, also z. B. mit den Plänen der Arbeitsdienstpflicht, sind die Bayern-Führer

ganz einverstanden. Sie möchten dabei nur ihre königlich bayerische Selbständigkeit haben. Ihren Gegner sehen diese Bayern — ebenso wie Schleicher und Gayl — in erster Linie in der KP. Und wie stehen sie zu Hitler? Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit im Augenblick.

Am Dienstag fand in München eine „Bayernwacht“-Kundgebung der Bayerischen Volkspartei statt.

Innenminister Stützeli betonte, die Bayernwacht müsse jetzt heraus in die Öffentlichkeit, um die eigenen Freunde vor Terrorakten zu bewahren.

Landtagsabgeordneter Hundhammer kündigte an, daß es nicht mehr lange dauern werde, bis 100 000 junge Männer in den Reihen der Bayernwacht stehen. Die katholischen Burschenvereine mit 50 000 Mitgliedern und die katholischen Gesellenvereine mit über 20 000 Mitgliedern seien bereit, in die Bayernwacht einzutreten. Aber auch die älteren Bayern würden zur Stelle sein, wenn Gefahr drohe

renden Stellungen in der Partei und verhinderte nicht einmal, daß sie die Arbeit sabotierten.

Bei diesem Bündnis mit dem revolutionären Bürgertum haben die Sozialisten diesem die Führung der Bewegung gänzlich überlassen. Die Männer, die an der Spitze standen, waren vor allem Alcalá Zamora und Maura, die noch heute mit an der Spitze der spanischen „Arbeiterrepublik“ stehen. Beide sind sie ehemalige Monarchisten, die — nach Falcons Ansicht — nur zu Republikanern geworden sind, weil sie erkannten, daß es mit der Monarchie vorbei war. Sie haben sich alle Mühe gegeben, die Revolution von den Massen fernzuhalten. Als einmal im Revolutions-Komitee vorgeschlagen wurde Kampftruppen unter der Bevölkerung zu bilden, drohte Alcalá Zamora, sofort sein Amt in dem Komitee niederzulegen, wenn dieser Vorschlag durchgeführt würde. Bei der gemeinsamen Arbeit mit dem Militär kam man nie weiter als bis zu den Generälen. Von unteren Offizieren oder gar Soldaten hielt das Revolutions-Komitee sich völlig fern. Alcalá Zamora und seine Freunde wollten eben keine Gesellschaftsordnung stürzen, sondern nur eine Regierungsart gegen eine andere eintauschen. Auch der SPS war an einem organisierten Aufstand nicht gelegen, da sie, wie 1918 die SPD meinte, die Interessen der Arbeiter zusammen mit den bürgerlichen Republikanern nur in der Nationalversammlung vertreten zu sollen.

Trotzdem gelang es nicht, die Revolution allein in den Konferenzzimmern des Komitees auszutragen. Als am 12. Dezember 1930 der Aufstand von Jacca ausbrach und von der Regierung Berenguer niedergeschlagen wurde, war die Massenbewegung nicht mehr aufzuhalten. Die Führer dieses Aufstandes wurden hingerichtet. Sie hatten gehofft, durch ihr Vorgehen in Jacca die Revolution zu entfesseln, da sie zu dem Komitee in Madrid kein Vertrauen mehr hatten. Nach diesem Ereignis brach in vielen Teilen des Landes der Generalstreik aus, eine Streikwelle setzte ein, und Falcon ist der Ansicht, daß diese Bewegung ausschlaggebend war für den Sturz Berenguers, des Nachfolgers Primo de Riveras. Die Sozialisten spielten in den Streiks nur eine sehr geringe Rolle oder beteiligten sich überhaupt nicht daran. Die Führung der Massenbewegung überließen sie fast völlig den Syndikalist.

Die Gefahr, daß die Revolution zum Bürgerkrieg führen könnte, hat die SPS — genau wie die SPD! — über alles gefürchtet und darüber die andere Gefahr völlig verkannt, die ihr von rechts her drohte und noch droht. Sie hat sich daher nicht dagegen gewehrt, daß diejenigen, die zu Republikanern wurden, als sie sahen, daß durch die Monarchie nichts mehr zu gewinnen war, mit offenen Armen bei den Revolutionären empfangen wurden; sie duldet es, daß diese hohes Ansehen in der „Arbeiter“-Republik genießen und sogar mit besonderer Vorliebe mit hohen Staatsämtern betraut werden. Dies schwächliche Verhalten der spanischen Sozialdemokraten ist um so mehr zu verurteilen, als die Erfahrungen der deutschen Revolution von 1918/19 ihnen nicht unbekannt geblieben sein dürften. Steht doch das Ende der nunmehr vierzehnjährigen demokratischen Entwicklung mit dem Faschismus als letztem Glied in der Kette der Niederlagen der Arbeiterschaft als warnendes Signal vor jedem Sozialisten!

Die Handhaben zur Unterdrückung der Arbeiter sind auch in Spanien bereits geschaffen. Auch ein Republikanisches Schutzgesetz fehlt zu diesem Zweck nicht; zum Beweise seines revolutionären Charakters hier der Absatz 9 des ersten Artikels dieses Gesetzes:

„Als Angriffe gegen die Republik werden betrachtet und als solche diesem Gesetz unterworfen:

... Streiks, die nicht 8 Tage im voraus angekündigt worden sind, vorausgesetzt, daß in dem besonderen Gesetz keine weiteren Fristen vorgesehen sind; Streiks, die wegen anderer als Arbeitsfragen geführt werden und solche, denen keine Schiedsgerichts- und Schlichtungsverhandlungen vorausgegangen sind.“

Diejenigen, die sich eines der Verbrechen schuldig gemacht haben, das nach diesem Gesetz als Angriff auf die Republik angesehen wird, können deportiert und verbannt werden für eine Periode, „die die Geltungsdauer dieses Gesetzes nicht übertrifft“ — wenn das Gesetz lange genug in Kraft bleibt, also unter Umständen auf Lebenszeit. Besonders von

der Möglichkeit der Deportation wird schon jetzt reichlich Gebrauch gemacht, — was wohl für die Bevölkerungszunahme der spanischen Kolonien sehr nützlich ist. Der Innenminister ist auch ermächtigt, die Presse- und Versammlungsfreiheit aufzuheben, Versammlungen aufzulösen u. s. w., wenn das im Interesse von Ruhe und Ordnung erforderlich ist.

Auch die faschistische Partei ist schon entstanden, wenn sie auch noch sehr klein ist. Ihr Führer ist Ramiro Ramos und ihr Organ eine Wochenschrift mit dem vielversprechenden Namen „Die Eroberung des Staates“. Diese Partei will ein junges und neues Spanien, das von den imperialistischen Gelüsten der Großmächte befreit, in Nationalismus vereint ist, und in dem Parlamentarismus und Liberalismus keinen Platz mehr haben.

Angesichts der großen Gefahren, die der spanischen Republik drohen und den geringen organisierten Kräften, die diesen Gefahren entgegen stehen, ist zu befürchten, daß die Demokratie in Spanien noch schneller, als es in Deutschland der Fall war, wieder einer Diktatur von rechts Platz machen wird. Denn, wenn auch die Arbeiter, vor allem die Syndikalist, schnell zu Streiks bereit sind, so fehlt ihnen doch die zentrale Führung, die diese Kampfkraft zur Abwehr der Reaktion richtig einsetzt.

Wie die Arbeiter in Deutschland die Gefahr, die ihnen von seiten der Kirche droht, nicht genügend wahrgenommen haben, so steht es auch mit Sozialisten, wie Falcon, in Spanien.

Das zeigt sich z. B. bei der Beurteilung der Autonomiebewegung, die in vielen Provinzen eine Rolle spielt. Falcon schließt sich ihr an, ohne im Geringsten zu erklären, inwiefern die Autonomie im Interesse der Arbeiter liegt. Auch bei Trotzki finden wir eine ähnliche Stellung zu dieser Frage in seinen Broschüren über die spanische Revolution und seinen Briefen an spanische Revolutionäre. Trotzki ist der Ansicht, daß die Bewohner der betroffenen Provinzen das Recht auf Autonomie haben. Er schlägt daher vor, dort Volksentscheide über diese Frage vorzunehmen.

Weder Falcon noch Trotzki untersuchen die Frage, ob die Autonomiebewegung vielleicht nur von der Kirche hervorgerufen worden ist, um deren Einfluß auf die Bevölkerung zu vergrößern. In den baskischen Provinzen ist dies bestimmt der Hintergrund der Autonomiebewegung, und auch bei der Autonomiebewegung in Elsaß ist dieser Einfluß völlig ausschlaggebend. Trotzki geht an die Frage ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Propaganda heran, die die Kommunisten mit dergleichen populären Parolen machen könnten, und denkt offenbar nicht darüber nach, ob sie damit nicht zu Helfershelfern der Katholiken werden. Bei Falcon vermißt man überhaupt jede Begründung.

Falcon hat in seiner kritischen Darstellung der Ereignisse der spanischen Revolution sicher in vielem recht; einen gangbaren Weg, wie die begangenen Fehler vermieden werden und eine bessere Politik hätte durchgesetzt werden können, zeigt er aber nicht.

## Der französische Senat gegen ausländische Arbeiter.

Der französische Senat befaßte sich am Dienstag mit einem von der Kammer verabschiedeten Gesetz über den Schutz der einheimischen Arbeiter gegen die Konkurrenz von Ausländern.

Die Kammer hatte in diesem Gesetz die Einstellung ausländischer Arbeiter bis zu 5 Prozent der beschäftigten Arbeiter zugelassen für solche Unternehmen, die zu öffentlichen Arbeiten herangezogen werden. Der Senat beschränkte die Zulassung von Ausländern auf die Unternehmungen, die ständige Ausführer öffentlicher Arbeiten, nicht nur gelegentliche Mitarbeiter seien.

Die Kammer hatte die ausländischen Arbeiter in fünf Klassen eingeteilt und die Einstellungsmöglichkeit für jede Klasse gesondert behandelt. Der Senat lehnte diese Klasseneinteilung überhaupt ab, da sie nur den Anlaß biete, die Einstellungsmöglichkeiten für Ausländer auszuweihen.

Auch die Sonderrechte, die von der Kammer politischen Flüchtlingen und den ausländischen Eltern französischer Kinder zubilligt worden waren, wurden vom Senat wieder aufgehoben.

Der vom Senat verabschiedete Text ermöglicht es Ausländern nur in seltenen Ausnahmefällen und auch dann nur

für eine streng beschränkte Dauer, in Frankreich Arbeit zu finden und sich dort niederzulassen.

### Das Finanzprogramm vor dem Senat.

Am Mittwoch und Donnerstag befaßte sich der französische Senat mit dem von der Kammer verabschiedeten Finanzprogramm; am Freitag wird die Plenarsitzung des Senats darüber beraten. Herriot, der zu Beginn der Ausschußberatungen das Programm vor dem Senatsausschuß verteidigte, erklärte auf eine Frage des Vorsitzenden dieses Ausschusses, daß der vorliegende Text zwar nur zu einem Teil dem Wunsch der Regierung entspreche — der Haushaltsminister hatte ja dem Finanzausschuß der Kammer bei der zweiten Lesung des Programms Zugeständnisse gemacht, die von dem Regierungsentwurf abwichen —, daß das Programm aber doch die erste Etappe auf dem Weg zur Gesundung der französischen Finanzen darstelle.

Man rechnet damit, daß der Senat eine Reihe von Artikeln, die von der Kammer gegen den Willen der Regierung abgetrennt oder zurückgewiesen worden sind, wieder einführen wird, um die ursprüngliche Höhe der Einsparungen wieder zu erreichen.

## Mandschurei fordert Abberufung russischer Beamter.

Charbin, 14. Juli.

Die mandschurische Regierung beschloß, dem russischen Generalkonsul in Charbin mitzuteilen, daß die Anwesenheit des Ingenieurs Rudy auf dem Posten des Leiters der Chinesischen Ostbahn für die mandschurische Regierung wegen seiner unfreundlichen Einstellung zum mandschurischen Staat unerwünscht sei. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß diejenigen sowjetrussischen Beamten, die sich in leitenden Stellungen bei der Chinesischen Ostbahn befänden, die mandschurische Regierung anerkennen müßten und die Arbeiten mandschurischer Behörden nicht erschweren dürften. Aus diesem Grunde bestche sie auf Abberufung des Ingenieurs Rudy und von 20 weiteren russischen Sowjetbeamten.

h Tschangschung, 14. Juli.

Die mandschurische Regierung hat die sowjetrussischen Beamten entlassen, die sich weigerten, bei der Besetzung der

Umschlagstelle der ostchinesischen Eisenbahn die Schlüssel herauszugeben. Die entlassenen Beamten wurden verhaftet; sie sollen abgeurteilt werden. Die Vertreter der mandschurischen Regierung erklärten, daß der Kampf gegen die kommunistische Propaganda jetzt rücksichtslos durchgeführt werde. Alle sowjetrussischen kommunistischen Verbände werden aufgelöst.

### Abfahrt nach Ottawa.

Am 21. Juli beginnt in Ottawa die Konferenz des britischen Weltreiches. Die englische Abordnung reiste am Mittwoch, dem 13. Juli von Southampton nach Kanada ab. Zu dieser Abordnung gehören u. a. Baldwin, Chamberlain, der Dominien-Minister Thomas, der Handelsminister Runciman. Auf demselben Schiff fahren auch die Vertreter Indiens, Südafrikas und Australiens; insgesamt sind 187 Teilnehmer der Konferenz an Bord.

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

30)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1933

„He, Job, nu aber los, ran hier die Kohlen!“  
„Das geht ja gar nicht heute, was ist denn los?“  
„Der kann hinten nicht hoch, das kommt davon!“  
„Das kommt davon — von dem Grünkohl heute Mittag!  
Und die Marmelade abends, von der kriegt man auch nichts in die Knochen!“  
„Den Grünkohl habe ich gleich wieder ausgekotzt, so ein Fraß!“

„Nu mach schon, der Schlackendreck, der verfluchte — weg damit endlich! Wie lange soll das Zeug noch hier rumliegen?“

Job füllt die Eisenputze mit Schlacken. Er ruft den zweiten Trimmer; beide schleifen die Putze zum Aufzugschacht und hängen sie an die Winde.

„Achtung, ruft ein Heizer, ein baumlanges Kerl und reißt die Stange, die beim Aufwuchten der Schlackenkruste krumm geworden ist, aus dem Feuer heraus und schleudert sie auf die Fliesen hin: „Das soll ein Schüreisen sein — so ein Dreck, so ein verdammter, weich wie Butter!“

Der Heizer wischt sich die Stirn ab:  
„Job, gib mal den Negerschweiß her!“

Job bringt dem Langen die Kaffeekanne. Der trinkt, vorher rahmt er mit dem Handrücken den Kohlenstaub von der schwarzen Brüste ab.

Dampf für zwölf Meilen Marschfahrt — das ist zum Aushalten, das ist Arbeit, bei der man sich auch mal grade recken, bei der man sich auch mal verschrauben kann. Beim Dampf machen für 24 Meilen in der Stunde denken die Heizer nicht mehr daran, miteinander zu reden. Dann kleben die nassen Fetzen nur so an den Schenkeln, die Muskeln zittern, die Zungen hängen wie Stücke Holz in den Mäulern.

„Für zwölf Meilen — das ist Sache, was?“

„Ja, wenn's nach ‚Anker auf‘ bloß nicht mehr wird!“

„Daß wir überhaupt noch mal rausfahren...“  
„Weit geht's auch nicht, bloß bis Helgoland!“  
„Wir fahren nur als Deckung für die Minenfischer!“  
„90 U-Boote sind noch draußen. Die kennen die Fahrstraße nicht. Die sollen wir reinholen! Das weiß ich vom Posten Brücke. Und der hat's vom Kommandanten gehört!  
Der lange Heizer Raumschuh holt einen Priem vor:  
„Da, beiß dir auch mal einen ab, Job!“  
Der Trimmer heißt eigentlich Jakob, mit seinem ganzen Namen Jakob Bonczyk. Die Heizer rufen ihn kurz Job, oder Brummschick, oder auch Brummschädel.  
„Und wenn die U-Boote drin sind, dann ist's vorbei!“  
„Dann hat der Dreck ein Ende, dann ist Frieden!“  
„Mensch, Junge — Frieden! Wie das bloß ist?“  
„Wo bleibst du denn nachher ab, Brummschädel?“  
„Ich? Ich geh nach Herne, wieder in' Kohlenputt!“  
„Letzten Urlaub in Berlin, da hab ich mir so ein Puppchen angelacht...“

Der wachhabende Obermaat betritt den Heizraum. In seiner hellen Uniform hebt er sich von den verschmierten Gestalten vor den Feuern ab: „Ihr habt wohl nichts zu tun, was? Raumschuh, machen Sie mal auf!“

Heizer Raumschuh macht die Feuerungstür auf:  
„Ein Feuerchen — jawohl, das kann der Obermaat sich mal ansehen!“

„Ganz egal, steht hier nicht rum — ran, aufschleusen!“  
Die Heizer holen die langen Schleusstangen; sie öffnen die Feuerungskappen, stoßen die Stangen in die Glut und brechen langsam ihre Feuer auf.

„Ein Puppchen, dufte sage ich dir!“  
„Die sind doch alle egal — Loch ist Loch!“  
„Das sag nicht! Ich kenne sie eigentlich schon von früher. Aber das war bloß so von weitem. Diesmal bin ich ihr dichter an die Haut ran gekommen. Naja, einen Alten hat sie, dem paßt das nicht ganz. So ein oller SPD-Knochen, du weißt schon, einer mit so 'ne Gipkrawatte — der will keinen Arbeiter, der will ‚was Besseres‘ für seine Tochter haben!“

Raumschuh spuckt einen Mund voll Priemsauce aus. Die Feuerungstür zischt leise auf: „Aber dem werden wir den Giftzahn schon ausbrechen! Das glaubst du doch, was Job?“

„Na und ob, aber ganz sicher!“  
„Mensch, Brummschädel, da kommt mir ein Gedanke! Eigentlich kannst du nach Berlin mitkommen — ich fackel nämlich nicht lange, da wird gleich geheiratet. Und dabei kannst du dir mal richtig den Arsch volllaufen!“  
„Ein Gedanke, ein guter Gedanke, Karl!“  
„Nach Herne, in dein dreckiges Kohlenloch, da kommst du immer noch früh genug wieder rein!“  
Bonczyk wird von dem Obermaat weggerufen:  
„Der Trimmer da, kommen Sie mal her! Räumen Sie die Stangen hier weg!“

Raumschuh macht sich an seinem Feuer zu schaffen. Er hat einen Rost entdeckt, der etwas verrutscht ist. Er holt sich eine Zange, um den Rost damit wieder an den richtigen Platz zu drücken.  
Die Maschinenzentrale wird von der Kommandobrücke angeklingelt. Der leitende Ingenieur aus der Zentrale gibt durch die Sprachschläuche an die Maschinen- und Heizräume weiter:

„Dampf für 14 Meilen!“  
„Dampf für 16 Meilen!“  
Der Obermaat hängt den Sprachschlauch wieder an:  
„Da habt ihr's, aber jetzt ein bißchen Bewegung — Dampf! Dampf!“

„Wieso mehr Dampf?“  
„Verstehst du das, Karl?“  
„Den Teufel versteh ich!“  
„Zum Minenfischen langen doch 12 Meilen!“  
„Und zum U-Boote Reinholen doch auch!“  
„Was ist denn nu eigentlich los, wieso mehr Dampf, Herr Obermaat?“

„Machen Sie gefälligst Ihre Arbeit und kümmern Sie sich nicht um andere Angelegenheiten!“

Raumschuh sieht dem Obermaat nach:  
„Ach so? Ich dachte die Zeiten sind vorbei! Wir werden uns aber ganz verflucht um diese Angelegenheit kümmern. Jungens, da ist was nicht echt, da is was im Gange!“

(Fortsetzung folgt.)



Arbeitsdienst-Verordnung fertig.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung am Mittwoch nach Vortrag des Reichsarbeitsministers eine Verordnung über den „freiwilligen Arbeitsdienst“.

Ueber die „Freiwilligkeit“ des Arbeitsdienstes hat sich Goerdeler, dessen Grundsätze nach Mitteilungen der Regierungspresse von dem Regierungsentwurf im wesentlichen übernommen sein sollen, folgendermaßen geäußert:

„Der Arbeitsdienst wird da wertvolle Wirkung leisten, wo er sich aus der Freiwilligkeit entwickelt. Je umfassender, desto wohltätiger.“

Eine Möglichkeit zur Befreiung vom Dienste am Volke, etwa vom 18. bis 30. Lebensjahr, dürfe nur körperliche Unfähigkeit darstellen. Eine Form des Loskaufens dürfe es nicht geben. Umfaßt müßten werden alle Jugendlichen, nicht nur die Arbeitslosen im technischen Sinne.

Gefängnis für rote Musikanten.

Fünf Arbeiter waren vor dem Schnellrichter in Neustrelitz angeklagt wegen vorsätzlicher Körperverletzung „aus politischen Gründen“.

Der Vorwurf der Vorsätzlichkeit wird dadurch nicht wahrscheinlicher gemacht, daß die Waffen, mit denen jene Genossen die Körperverletzungen ausführten, folgende waren: eine Trompete, ein vierkantiges Stück Holz, ein Schläger eines Musikinstrumentes und ein Tambourstock.

Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Die anderen erhielten Gefängnisstrafen von vier Monaten, drei Monaten und einem Monat; und zwar erhielt Kort, der den „Vorsatz“ gefaßt hatte, mit der Trompete seinem Gegner eine Körperverletzung beizubringen, die höchste dieser Strafen.

Um dieses Urteil noch heller zu beleuchten, wäre es gut, Urteile gegen Nazis wegen ähnlicher Fälle heranzuziehen. Uns ist aber nicht erinnerlich, daß Verurteilungen von Nazis wegen solcher Fälle bekanntgeworden wären.

Das anhaltische Staatsministerium hat nunmehr auch die „Volkswacht“ in Bornburg auf acht Tage verboten, ebenso die sozialdemokratischen Kopfbücher in Zerbst und Köthen, den „Volksfreund“ und den „Volkswille“.

Severing rafft sich auf.

Sonntagspredigt über den Mißbrauch von Waffen.

An die Regierungspräsidenten.

Angesichts der blutigen Zusammenstöße des letzten Sonntags hat der preußische Minister des Innern die Regierungspräsidenten ersucht, die für Maßnahmen auf Grund der Verordnung des Reichministers des Innern vom 28. Juni d. J. zuständigen nachgeordneten Polizeibehörden mit folgender Anweisung zu versehen:

„In jedem Fall der Anmeldung einer Veranstaltung, insbesondere von Veranstaltungen und Aufzügen unter freiem Himmel, ist scharf zu prüfen, ob ausreichende Polizeikräfte zum Schutz der Veranstaltung und ihrer Teilnehmer auch auf dem Hin- und Rückweg, an den An- und Abmärschen und Lastwagenfahrten gegen Ueberfälle oder andere Gewalttätigkeiten der Versammlungsteilnehmer selbst während oder auch vor oder auch nach der Versammlung zur Verfügung stehen.“

An die Polizeipräsidenten.

Der preußische Minister des Innern hat an alle Polizeibehörden folgenden Funkspruch erlassen:

„Die täglich sich mehrenden Gewalttätigkeiten, besonders auch unter Verwendung von Schußwaffen, machen schärfstes Vorgehen gegen unbefugten Waffenbesitz und unbefugtes Waffenführen erforderlich.“

Alle Polizeibehörden haben sich der durch § 17 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 gegebenen Handhabe (Verhaftung bei unerlaubtem Waffentragen. Red.) gegen das unbefugte Führen von Waffen in jedem Fall unnachsichtlich zu bedienen und polizeiliche Haft gegen mit Waffen Betroffene auf die längst mögliche Dauer anzuordnen.

Es muß mit allen Mitteln angestrebt werden, Schuß-, Hieb- und Stoßwaffen demjenigen aus den Händen zu nehmen, die Gewalttätigkeiten im politischen Kampf nicht ablehnen. Dabei erwarte ich von den Polizeiverwaltern, daß die strenge Durchführung dieser Maßnahmen gegen gewalttätige Elemente nicht zu einer Störung des politischen Lebens der friedfertigen Staatsbürger führt.

„An die Bevölkerung“

hat Severing einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Wer die Tätigkeit unserer Polizei aufmerksam verfolgt und gerecht beurteilt, wird zugeben müssen, daß sie in diesen Unruhezeiten mehr als ihre Pflicht tut. Aber Wunder verrichten kann auch die Polizei nicht.“

diese entsetzliche Entartung politischer Meinungskämpfe einmütig ablehnen und verabscheuen.

Man verlangt Sicherheit, — mit Recht; die Polizei wird sie mit allen Kräften aufrechterhalten, aber die größte Sicherheit der Staatsbürger beruht auf dem Verzicht, die Sicherheit der anderen zu bedrohen.

Man spricht von Selbstschutz; aber der wirksamste Selbstschutz ist die Selbstzucht. Jeder andere vermeintliche Selbstschutz muß schließlich zu brutalstem Faustrecht führen, und neue Blutströme würden seine unausbleibliche Folge sein.

Ich richte darum an alle, die guten Willens sind, die dringende Bitte, der ruhigen Besonnenheit wieder Eingang ins politische Ringen zu verschaffen. Wenn die Führer aller politischen Parteien und Verbände mithelfen, jeden Versuch gewaltsamer Auseinandersetzung zu unterdrücken, und zu brandmarken, dann wird dem Morden Einhalt geboten und Deutschlands Ansehen in der Welt wiederhergestellt werden können.“

Severings neue Erlasse an Regierungspräsidenten und Polizeibehörden geben der Polizei keine neuen Befugnisse gegen die Nazis. Es kommt darauf an, daß die Polizei die Befugnisse, die sie gegen die Nazis bereits anwenden könnte, wirklich anwendet.

Wenn Severing in dem Aufruf an die Bevölkerung behauptet: die Polizei tue mehr als ihre Pflicht, so ist der Satz in dieser Allgemeinheit jedenfalls falsch.

Der Aufruf an die Bevölkerung enthält das Bekenntnis, daß die Polizei unter den gegenwärtigen Umständen blutige Kämpfe nicht verhindern könne; denn: „verhindern kann die Polizei — — — nur dann, wenn Frauen und Männer aller Parteien (also auch der NSDAP!) diese Entartung ablehnen.“

Die Antwort, die Severing denen, „die guten Willens sind“, auf die Frage erteilt, welchen Schutz sie vom Chef der Polizei erwarten können, ist also nicht ermutigend.

Nazi-Kultur und -Politik.

Klagges klagt an!

Im Kampf um die Plätze auf der Narrenbühne.

RO. Braunschweig, 13. Juli.

Die Reichstagswahlen stehen vor der Tür. Die Nazis brauchen Agitationsstoff; und da ist es kein Wunder, wenn täglich neue Fälle von „Korruption“ bei den Gegnern der NS aufgedeckt werden.

Der ehemalige sozialdemokratische Finanzminister, der Rechtsanwalt Dr. Jasper, wird schon seit langem öffentlich beschuldigt, bei der Finanzierung des Wohnblockes „Bebelhof“ mit Staatsgeldern parteiisch und leichtfertig umgegangen zu sein. Der Landtag hat einen Untersuchungsausschuß gebildet, der es unter der Führung des Deutschenationalen Dr. Roloff schon zu einer Geschäftsordnung für seine Verhandlungen gebracht hat.

Neuerdings werfen die NS Jasper vor, daß er sich der Steuerhinterziehung schuldig gemacht habe. Herr Klagges hat ihm sogar schon die Auszahlung der Ministerpension gesperrt. Wie die Braunschweiger SPD-Zeitung — der „Volksfreund“ — schreibt, ist Jasper „einmal bummelig und saunselig“ gewesen und hat seine Steuererklärung nicht rechtzeitig beim Finanzamt eingereicht.

Wenn es den Braunschweiger NS darauf ankommt, in ihrem Wahlkampf Korruptionsfälle zu schildern, so wollen wir ihnen dabei ein wenig behilflich sein und ihnen Fälle von Korruption nennen, die zum Teil schon ihre Erledigung gefunden haben:

Funke, nationalgesinntes „Stahlhelm“-Mitglied, betrügt die Kasse des Harzburger Rennvereins und einige Privatleute um rund 100 000 Mark.

Zimmermann, nationalsozialistischer Bankdirektor in Blankenburg, fälscht Bilanzen und Protokolle und verwirtschaftet 250 000 Mark, die seiner Bank anvertraut waren.

Wienecke, nationaler Bankbeamter in Calvörde, fälscht Bücher, macht Unterschriften nach und wandert wegen des Betruges mehrerer tausend Mark für ein Jahr und fünf Monate ins Gefängnis.

Schäfer, Ortsgruppenführer des „Stahlhelms“ in Neu-Oelsburg, unterschlägt 10 000 Mark, die der Gemeinde gehören.

Bunge, nationalsozialistischer Sturmbannführer in Gandersheim und Förderer der SS-Schule in Kreiensen, unterschlägt als Geschäftsführer der Innungskrankenkasse der Baugewerkinnung etwa 15 000 Mark.

Lüders, NS und Vorsteher des Braunschweiger Westbahnhofes, wird nach einer Kassenrevision beschuldigt, mehrere tausend Mark unterschlagen zu haben, die der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn gehören.

Wir wünschen Herrn Klagges guten Erfolg!

Hochschule für den Tiefstand des öffentlichen Lebens.

Der Tiefstand des politischen Lebens in Deutschland wäre nicht möglich, ohne ein tiefgehendes Versagen des öffentlichen Erziehungswesens. Die deutsche Lehrerschaft sieht heute ihr Werk im Spiegel.

Wir teilen hier einige neue Tatsachen über die deutschen Hochschulen mit.

1. Der Berliner Universitätsrektor hat an die Studenten eine Bekanntmachung erlassen, in der es unter anderem heißt:

„Von ruchlosen Händen sind in der letzten Nacht Schleifen von den am Gefallenen-Denkmal niedergelegten Kränzen entfernt worden. ... Bewahrt die Ruhe! ... Die Täter werden aufs strengste bestraft werden.“

Kein Wort über die Strafverfolgung derjenigen, die sich nicht an schwarz-weiß-roten Schleifen, sondern an linksstehenden Studenten neuerdings vergriffen haben.

2. Der Rektor hat den „Vertretern derjenigen Gruppen, deren Kränze beschädigt worden sind“, gestattet, an dem Gefallenen-Denkmal eine Ehrenwache aufzustellen. In der Nacht zum Mittwoch standen dann SA-Studenten in Uniform und Stahlhelme auf dem Universitätshof Wache. Zur Ablösung waren SA und andere Gruppen im Seitenflügel der Universität stationiert. Sie verfügten über die Schlüssel zu den Toren der für andere Studenten geschlossenen Universität.

3. Der Senat (Professorenkörper) der Universität hat bekanntgegeben, daß er diese Maßnahme des Rektors billige: „Er sieht in dieser Ehrenwache einen berechtigten und notwendigen innerakademischen Sühneakt.“

Weiter „erwarten Rektor und Senat mit Bestimmtheit (!), daß die Studierenden nunmehr die letzten für die Zukunft vieler Kommilitonen so entscheidenden Arbeits- und Examenwochen des Semesters in voller Ruhe durchführen.“

Es spricht nicht für die „Bestimmtheit“ dieser Erwartung, daß der Aufruf des Senats mit dem Versuch einer Drohung schließt:

„Nur wenn jede Störung des Unterrichtsbetriebes sofort unterlassen wird, kann der bei einer vorzeitigen Schließung der Universität drohende Verlust eines ganzen Studiensemesters von den arbeitswilligen Kommilitonen abgewendet werden.“

Was geschehen wird, ist hiernach klar: die Nazis werden weiter vorstoßen zur Beherrschung der Universität; oder aber der (entweder nationalsozialistische oder der Kunst des Regierens unkundige) Rektor bringt das Semester bald und abgekürzt zu Ende, um dem nächsten Vorstoß der Nazis zuvorzukommen.

4. Der Allgemeine Studentenausschuß an der Technischen Hochschule in Braunschweig hat in einer Entschliebung die

Errichtung eines Lehrstuhls für „Wehrwissenschaft“ an der Braunschweig gefordert.

Wegen Verleumdung hat gegen den „Angriff“ Dr. Weismann, Staatssekretär im preußischen Staatsministerium, Strafantrag gestellt.

Rundfunk im kommenden Arbeitszuchthaus.

Zu Pressegerüchten teilt das Reichsinnenministerium mit, daß „tatsächlich eine Erneuerung des Rundfunkwesens geplant“ sei. Die Referentenbesprechungen seien schon ziemlich weit gediehen.

Die Behauptungen, die in der Presse aufgetreten waren, gingen dahin: daß der Rundfunk vom Reichspost- auf das Reichsinnenministerium übergehen solle, um so eine vollständige Politisierung des Rundfunks zu erreichen; daß ferner den Rundfunkgesellschaften, die jetzt eine Konzession von der Reichspost haben, diese entzogen werden solle.

Das Reichsinnenministerium hat die Behauptung von der Uebernahme des Rundfunks auf das Innenministerium dementiert (vielleicht handelt es sich um das Reichswehrministerium!); die übrigen Behauptungen sind nicht dementiert worden.

Arbeiter und Sozialisten, bestellt den Rundfunk ab! Finanziert nicht mit Euren Groschen dieses Unternehmen!

„Es ist möglich.“ — so schreibt die „Bayerische Staatszeitung“ — „daß sich der Kanzler und der Reichsinnenminister auf der Fahrt nach Neudeck auch über die Rundfunkpläne unterhalten, die im Reichsinnenministerium erwogen werden. Diese Pläne tragen den Stempel umfassendster Zentralisationsbestrebungen auch in der Beherrschung der elektrischen Wellen und laufen darauf hinaus, den Ländern auch dieses Feld der Einflußnahme auf ein wichtiges kulturelles Gestaltungsgebiet weitestgehend zu beschneiden.“

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Mitte: Montag, den 18. Juli, 20 Uhr, „Hackescher Hof“, Rosenthaler Str. 40/41, Nähe Bahnhof Börse. Thema: Wie schlagen wir den Faschismus?

Köln-Sülz: Montag, 18. Juli, 20,15 Uhr, im Jugendheim, Zülpicher Str. 217. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Wirtschaftspolitische Aussprache:

Berlin: Freitag, den 15. Juli, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: „Das Ende der Reparationen? Die Bedeutung der Lausanner Konferenz.“ Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

